

Bierbike auf öffentlichen Straßen: Sondernutzung statt Gemeingebrauch nach Art. 18 BayStrWG

Anwaltsklausur Öffentliches Recht

Straßen- und Wegerecht

Verwaltungsprozessrecht

Hinweis: Unsere Übungsklausuren sind realitätsnahe Simulationen, inspiriert von echten Examensklausuren. Sie sind keine wortgetreuen Kopien der Originale, geben aber ein verlässliches Bild davon, was im Examen abgefragt wird und welcher Lösungsstil als gut bewertet wird.

Sachverhalt

Beteiligte

- Dietram Wulff (Mandant): selbständiger Gastronom in Rosenheim, Betreiber eines „Bierbikes“.
- Stadt Rosenheim (Kreisfreie Stadt, Oberbayern, ca. 61.500 Einwohner): zuständige Straßenbaubehörde nach Art. 42 I, Art. 58 II BayStrWG.
- Rechtsanwältin Dr. Kieslinger (Bearbeiterin): Kanzlei in Rosenheim.

Geschehen

Fall „Das Bierbike“

- Vierrädriges Fahrzeug, ca. 5 m lang, 2,30 m breit, 2,50 m hoch (mit Planendach), ca. 800 kg, bis zu 15 Sitzplätze.
- 14 Gäste sitzen auf Hockern, je sieben an den Längsseiten eines mittigen Tisches; Antrieb durch Pedale mit Freiläufen, getreten von den Längsseitennutzern.
- Der Fahrer (Mandant oder ein Mitarbeiter) lenkt und bremst vom Frontsitz aus mit Blick in Fahrtrichtung; selbst antreiben kann er das Bike nicht.
- Höchstgeschwindigkeit ca. 10 km/h.

- Fest verbaut: Zapfanlage für Bier und Softdrinks zur Selbstbedienung sowie Musikanlage mit CD-Player und drei Lautsprechern.
- Plastikbecher und Becherhalterungen statt Gläser.
- AGB des ...

... nur die ersten 1.000 Zeichen sind hier öffentlich.

Lösung (Gutachten)

Anschreiben an den Mandanten, datiert 20.7.2012

A. Zusammenfassende Empfehlung

Obersatz: Eine Anfechtungsklage wäre zwar zulässig, hätte in der Sache jedoch voraussichtlich keinen Erfolg. Von einer Klageerhebung wird abgesehen.

B. Zulässigkeit einer Anfechtungsklage

I. Statthaftigkeit

Obersatz: Statthaft wäre die Anfechtungsklage nach § 42 I Alt. 1 VwGO.

Definition: Die Untersagungsverfügung nach Art. 18 a I 1 BayStrWG ist Verwaltungsakt im Sinne von Art. 35 S. 1 BayVwVfG; auch die Zwangsgeldandrohung ist nach Art. 38 I 1 VwZVG Verwaltungsakt und damit anfechtbar.

II. Klagebefugnis

Voraussetzungen: § 42 II VwGO.

Subsumtion: Der Mandant ist Adressat eines belastenden Verwaltungsakts und kann eine Verletzung in Art. 2 I GG (sowie Art. 12 I GG) geltend machen.

III. Klagefrist

Obersatz: Die Klagefrist nach § 74 I 2 VwGO endet am 16.7.2012.

Voraussetzungen: Wirksame Bekanntgabe und Berechnung; ein Vorverfahren ist wegen § 68 I 2 VwGO iVm Art. 15 II AGVwGO nicht ...

... die vollständige Musterlösung ist im jurulernen.de-App-Modus freigeschaltet.

Vollständige Musterlösung freischalten – und vieles mehr.

Mit juralernen.de bekommst du in einer einzigen Plattform alles, was du fürs Examen brauchst:

- ✓ Alle 150+ Übungsklausuren mit ausformulierter Musterlösung im Gutachtenstil
- ✓ 400+ Prüfungsschemata für das 1. und 2. Staatsexamen (Aufbau, Definition, Subsumtion)
- ✓ 1.000+ juristische Definitionen mit Norm-Bezug – präzise und examenstauglich
- ✓ Interaktiver Lernpfad mit Karteikarten und Spaced-Repetition (FSRS)
- ✓ Volltext-Bundesrecht & Landesrecht aller 16 Länder, direkt im Gutachten verlinkt
- ✓ Lerngruppen mit Live-Voice, Whiteboard, geteiltem Notizbuch und Bildschirmfreigabe
- ✓ Interaktive Lern-Spiele mit echten Klausurfällen – Schritt für Schritt zum Gutachten
- ✓ Community-Bereich: Fragen stellen, mitdiskutieren, Wissen teilen

Einmalig 99 € – Lifetime-Zugriff. Kein Abo, keine Kostenfalle, kein Ablaufdatum. Du zahlst einmal und nutzt juralernen.de bis zum 2. Examen und darüber hinaus.

→ juralernen.de

Quelle: <https://juralernen.de/klausuren/bierbike-auf-oeffentlichen-strassen-sondernutzung-statt-gemeingebrauch-nach-art-18-baystrwg>

Nicht-amtliche Wiedergabe. Maßgeblich sind die jeweils einschlägigen Gesetze und die aktuelle Rechtsprechung.